

Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße Nr. 16b.
Telephonruf Nr. 3392.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Unser Verband.

Mit der vorliegenden Nummer der „Metallarbeiter-Zeitung“ unterbreiten wir den verehrlichen Lesern das erste Erzeugnis aus unserer Zeitungsdruckerei, und ist dies wohl ein hinreichender Anlaß, der Entstehung sowie bisherigen Entwicklung unseres Verbandes einige Worte zu widmen.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wurde, wie hinlänglich bekannt, auf dem Dritten Deutschen Metallarbeiter-Kongreß in Frankfurt a. M. am 4. Juni 1891 gegründet und trat am 1. August desselben Jahres ins Leben. Vor Gründung des Verbandes lagen die Organisationsverhältnisse sehr im Argen. Unser jetziges Verbandsorgan war auch schon damals das geistige Band zwischen den einzelnen Gruppen und örtlichen Vereinen, der Zusammenhang unter diesen Vereinen und Gruppen selbst aber ließ sehr viel zu wünschen übrig. Um den Zusammenhang einigermaßen herzustellen, hatte schon der Kongreß in Weimar zu Weihnachten 1888 ein Zentralvertrauensmänner-System geschaffen, dieser Organismus vermochte aber nicht, die an sein Entstehen geknüpften Hoffnungen zu erfüllen, und so konnte es nicht ausbleiben, daß der Ruf nach einer festeren Zentralisation, nach einem festeren Zusammenschluß durch dieselbe und in derselben immer und immer wieder erschallte und nicht eher verstummte, als bis das gesteckte Ziel, der Zentralverband für alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, erreicht war.

Ehe dieses Ziel erreicht wurde, bedurfte es langer, hartnäckiger Kämpfe um die Organisationsform. Lokalverein mit Vertrauensmänner-Zentralisation, Föderation der Branchen-Zentralisationen und Vereinigung der Branchen in einem Verband unter einem Statut und einer von allen gewählten Leitung, das waren die drei Richtungen, die sich vor dem Gründungskongreß gegenüberstanden, und die den organisierten Metallarbeitern schon einen Kongreß hatten erfolglos ausgehen lassen. Auf dem Kongreß in Frankfurt a. M. selbst waren die Meinungen schon ziemlich geklärt. Die Richtung der Lokalvereinsanhänger war zwar vertreten, aber ihre Zahl hatte so gut wie gar keine Bedeutung. Stärker waren die Vertreter der Föderation der zentralisierten Branchen, und spielten sich die Hauptkämpfe auf dem Frankfurter Kongreß auch nur unter diesen und den Anhängern der allgemeinen Metallarbeiter-Zentralisation ab. Beide Richtungen wollten eine Metallarbeiter-Union, diese eine solche mit einheitlichem Statut und Vorstand und mit nach Bedarf zu errichtenden örtlichen Fachsektionen, jene die Organisation der Vereine in selbstständigen Zentralverbänden, deren Vorstände unter einander verbunden die Unionsleitung bilden sollten.

Nach zweieinhalbstündiger Debatte entschied sich der Kongreß in namentlicher Abstimmung mit 101 gegen 21 Stimmen für die erstere Richtung durch Annahme der von dem Redakteur der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“, Scherm, eingebrachten Resolution mit folgendem Wortlaut:

„Der zu Frankfurt a. M. tagende Kongreß der Metallarbeiter Deutschlands beschließt die Gründung einer allgemeinen Metallarbeiter-Union mit nach Lage der Verhältnisse zu errichtenden örtlichen Fachsektionen.“

Kauschender Beifall durchbrauste den Meriansaal in Frankfurt a. M. als dies Abstimmungsergebnis verkündet wurde. Hoffte man doch auf das Heranbrechen einer besseren, einer fruchtbareren Zeit für die Organisierung der deutschen Metallarbeiter. Freilich fehlte es auch nicht an solchen, die mit dem Abstimmungsergebnis nicht zufrieden waren und es gern anders gewünscht hätten. Diese waren aber die verschwindende Minderheit und man glaubte, sie würden sich fügen, nachdem der Kongreß mit so überwältigender Mehrheit sich für eine allgemeine Metallarbeiter-Zentralisation unter einem Statut und einer einheitlichen Leitung ausgesprochen hatte. Das war der Gedanke, der die meisten Delegierten besaß, in dem sie aber schwer getäuscht werden sollten.

Abseits stehen blieb die Gruppe der Schmiede, die unter Theiß und Hilmers Leitung in der Vereinigung der Schmiede organisiert waren, abseits blieb ein kleiner Teil der Schlosser unter der Leitung des Vorsitzenden ihres Zentralverbandes Franz Diedrich. Die in einem Zentralverband organisierten Gold- und Silberarbeiter sowie die in gleicher Weise für sich organisierten Kupferschmiede waren dem Frank-

furter Kongreß überhaupt ferngeblieben und hielten aus diesem Grunde die von ihm gefaßten Beschlüsse auch nicht für sich verbindlich.

Abseits blieb ferner ein Teil der Former, die zwar auf dem Kongreß vertreten und an allen Beschlüssen einschließlich der Statutenberatung und Vorstandswahl mitgewirkt hatten, unter der Leitung ihrer damaligen Vertrauensleute L. Schwarz-Lübeck und E. Grenz-Chemnitz.

Aber nicht nur das Fernbleiben so und so vieler Gruppen und hieraus entstehender Kämpfe untereinander machten der Entwicklung des neuen Verbandes Schwierigkeiten, sondern die ganzen damaligen Verhältnisse waren nicht gerade dazu angethan, die Arbeiter unternehmungslustig und hoffnungsfreudig zu stimmen. Das zwölf Jahre hindurch geltende Sozialistengesetz war zwar gefallen und mit ihm dem deutschen Arbeiter die lang ersehnte Vereinsfreiheit wieder gegeben, die Möglichkeit, diese Freiheit auszunutzen, schien aber weiten Kreisen noch sehr zweifelhaft. Außerdem hatte die sozialistengesetzliche Zeit der Entwicklung der Gewerkschaften Einhalt gethan, so daß die Meinungen über die nächsten Aufgaben der Ge-

Zentralverbände mit so geringen Beiträgen. Aus diesen rein praktischen Erwägungen bildete sich nach und nach eine gepflogene Meinung, die schließlich in dem als Binsenwahrheit verkündeten Lehrsatz ausklang, daß niedrige Beiträge die Gewerkschaften nur zugräftig machen könnten, weil geringe Beiträge auch von dem schlechtest gestellten Arbeiter gezahlt werden könnten und würden.

So lagen die Verhältnisse, so waren die Auffassungen auch unter den Metallarbeitern, als der Deutsche Metallarbeiter-Verband am 1. August 1891 ins Leben trat. War es da zu verwundern, daß ihm nicht mehr Mitglieder beitraten? Nach dem Bericht des Vorstandes an die erste Generalversammlung in Altenburg waren bis zum 1. August 1891 von den vorhandenen 294 allgemeinen Metallarbeiter- und Branchen-Fachvereinen nur 180 Vereine übergetreten und hatten im Verband 137 allgemeine Verwaltungsstellen und 43 Fachsektionen mit zusammen circa 18000 Mitglieder gebildet, während nach einer damaligen Zusammenstellung der Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung die oben erwähnten 294 Vereine 30252 Mitglieder gezählt haben sollen. Unter diesen Vereinen befand sich allerdings auch der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter von Berlin und Umgegend, der, weil er gerade zur Zeit des Stattfindens des Frankfurter Kongresses in der Reorganisation begriffen war, vorerst ebenfalls mit circa 3000 Mitgliedern dem Deutschen Metallarbeiter-Verband fernblieb.

Ähnlich dem Anfang gestaltete sich die Entwicklung des Verbandes in den ersten Jahren seines Bestehens. Die Zweifel an der Leistungsfähigkeit, sowie die gegen die früheren Lokalvereine immerhin erhöhten Beiträge, besonders aber die schlechte Geschäftslage hielt viele fern. Wesentlich wurde diese ablehnende oder abwartende Haltung auch unterstützt durch die Meinungsverschiedenheit innerhalb des Verbandes selbst. Was sollte zuerst geschehen? Sollte der Verband das Unterstüßungswesen ausbauen? Sollte er auf dem Standpunkt der niedrigen Beiträge und niedrigen Leistungen stehen bleiben? Beide Meinungen waren im Verband vertreten und kämpften um den Erfolg. So lange die Geschäfte auf der ganzen Linie darniederlagen, so lange auf dem gewerkschaftlichen Gebiet Verbesserungen der Lage der Arbeiter nicht erzielt, ja die Schritte zu solchen Verbesserungen nicht einmal eingeleitet werden konnten, mochte den Mitgliedern die Notwendigkeit höherer Beiträge nicht verständlich erscheinen, nichtsdestoweniger zeigte aber die rauhe Wirklichkeit dennoch die Notwendigkeit zu einer Erhöhung der Leistungen der Mitglieder.

Schon auf der ersten Generalversammlung in Altenburg konstatierte der Vorstandsbericht an dieser Stelle die Unzulänglichkeit der vorhandenen Einnahmen sowohl zur Unterstüßung der auf der Wanderschaft befindlichen Mitglieder als auch zur Unterstüßung etwaiger in damaliger Zeit allerdings seltener Abwehrbewegungen. Nichtsdestoweniger konnte sich die Generalversammlung in Altenburg dazu nicht entschließen, den regulären Beitrag auch nur um wenige Pfennige zu erhöhen, sondern beschränkte sich darauf, einen vierteljährlichen Extrabeitrag von 25 Pfennig einzuführen und gleichzeitig die Wanderunterstüßung durch Festsetzung eines Jahresmaximums zu beschränken. Erfolgte auch diese geringe Erhöhung der Pflichten der Mitglieder mit bedeutender Majorität, so waren auch Delegierte vorhanden, denen diese geringe Beitragserhöhung nicht genügte und die einer Erhöhung der Beiträge gleichzeitig auch erhöhten Leistungen das Wort redeten. Leider war ihre Zahl zu klein und auch ihre Absichten zu wenig klar. Sie unterlagen nicht nur auf der Generalversammlung, sondern mußten sich eine schreie Bekämpfung ihrer Absichten gefallen lassen. Alle Vorträge, die eine Erweiterung des Unterstüßungswesens begründeten, liefen Gefahr, der Lächerlichkeit anheimzufallen, und ihre Vertreter nicht weniger, des Mangels an Klassenbewußtsein geziehen zu werden.

Nicht viel anders war die Stimmung der Erweiterung des Unterstüßungswesens gegenüber auf der zwei Jahre später stattfindenden Generalversammlung in Magdeburg. Hier bot sich ein willkommener Anlaß, diesen Gegenstand ausführlicher zu behandeln, weil die Erhöhung der Beiträge zur zwingenden Notwendigkeit geworden war. Die Generalversammlung nahm zwar diesmal die Erhöhung der Beiträge von 15 auf 20 Pfennig

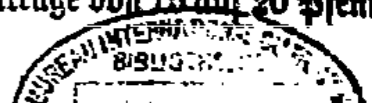


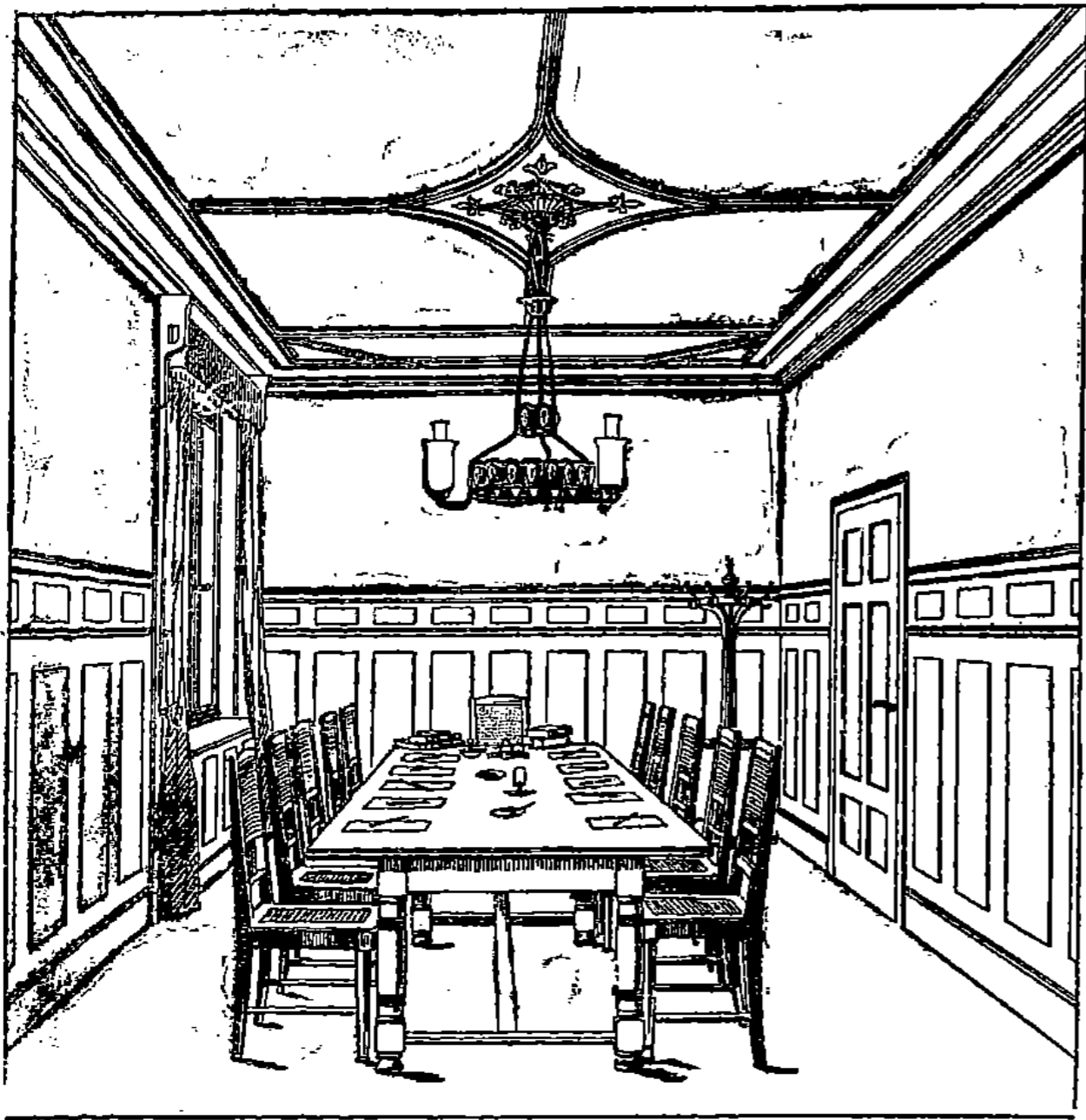
Totalansicht der Baulichkeiten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart.

werkschaften sowie über deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überhaupt selbst in den Kreisen der Mitglieder sehr weit auseinander gingen. Waren doch die lokalen Fachvereine zum größten Teil Zufluchtsstätten der durch das Sozialistengesetz unmöglich gemachten politischen Propaganda gewesen und war doch in ihnen häufig die gewerkschaftliche Tätigkeit gegenüber der politischen in den Hintergrund getreten.

„Die Gewerkschaften sind die Vorschule der politischen Partei.“ war damals das geflügelte Wort, das die Situation so recht zu kennzeichnen geeignet ist. Neben dieser durch den Druck der Verhältnisse hervorgerufenen Entfernung von der rein gewerkschaftlichen Aufgaben kam aber noch ein anderer, der die Gewerkschaften verbanderte, ihren eigentlichen Aufgaben gerecht zu werden. Das waren die niedrigen Beiträge. Eine Gewerkschaft mit niedrigen Beiträgen vermag nichts zu leisten, und Gewerkschaften mit hohen Beiträgen gehörten im Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zu den Seltenheiten und sind trotz mancher in der Zwischenzeit eingetretenen Besserung auch heute noch nicht gar so häufig. Auch diese Erscheinung findet ihre natürliche Erklärung in der Gefahr, in der damals alle Arbeitervereine, die sich die Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder zur Aufgabe stellten, schwebten. Eine besonders den älteren Lesern dieser Zeitung bekannte Erscheinung aus sozialistengesetzlicher Zeit war es, daß nicht wenig Vereine der Auflösung gerade in dem Augenblick verfielen, als sie bedeutende Kassenbestände angeammelt hatten. Diese politische Praxis ließ es den meisten Vereinen nicht geraten erscheinen, Kassenbestände anzusammeln, und aus diesem Grunde arbeiteten die meisten Vereine und auch

331 341 5 (45)
228730





Sitzungsraum des Verbands-Vorstandes.

für männliche Mitglieder an, lehnte aber die Erweiterung des Unterstützungswezens durch Einführung einer Arbeitslosenunterstützung mit 54 gegen 11 Stimmen ab.

Mit dem Einsehen einer besseren Geschäftskonjunktur wurden auch die Anschauungen über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation im Verband andere. Den ersten Anlaß gab dazu unstreitig der Verbandsvorstand, indem er noch im selben Jahre, in dem die Magdeburger Generalversammlung die Arbeitslosenunterstützung verworfen hatte, eine Bekanntmachung an die Mitglieder erließ, in der er zur Schaffung der Möglichkeit, die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung zu beurteilen, Erhebungen über die Arbeitslosigkeit der Verbandsmitglieder im Jahre 1896 anordnete.

In der dritten Nummer des Verbandsorgans vom folgenden Jahre, am 16. Januar 1897, nahm sodann der Vorstand in einem Artikel „Der Ausbau unseres Verbandes“ offen zur Frage der Arbeitslosen-Unterstützung Stellung und empfahl den Mitgliedern die Einführung unter gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge um 5 Pfennig. Dieser ersten offiziellen Kundgebung folgte von derselben Stelle in Nr. 5 die Veröffentlichung eines Entwurfs für die Arbeitslosen-Unterstützung. Nege setzte hiernach die Diskussion ein. Freund wie Feind des Projektes lieferte jein Scherlein. Die Diskussion auf der Generalversammlung in Braunshweig war, wie nicht anders zu erwarten war, eine sehr lebhaft, an fünfzig Redner beteiligten sich an derselben und einer nicht unbedeutenden Anzahl wurde das Wort durch Schluß der Diskussion abgehändigt. Der durch ein eingehendes Referat des Kollegen Segitz-Jürich begründete Antrag des Vorstandes auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung wurde aber auch diesmal noch abgelehnt, jedoch war die Zahl der Anhänger bedeutend gestiegen. Es stimmten 51 dagegen und 23 dafür. Also, obwohl die Generalversammlung stärker befandt war als die in Magdeburg, hatten die Gegner keine Zunahme zu verzeichnen, sondern kam diese lediglich den Anhängern zu gute, die ummehr 31% der anwesenden Vertreter ausmachten. War der Antrag des Vorstandes auch jetzt gefallen, so war es doch nach dem Resultat der Diskussion nicht mehr zweifelhaft, daß die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung so ins Rollen gekommen war, daß sie ganz sicher auf der nächsten Generalversammlung zur Lösung gebracht werden würde. Dieser Eindruck brachte auch der Vorsitzende der damaligen Generalversammlung bei seinen Schlußbetrachtungen, ohne Widerspruch zu finden, zum Ausdruck.

Aber auch noch in anderer Beziehung bedeutete die Generalversammlung in Braunshweig einen Fortschritt

gegenüber den früheren. Das Unterstützungswezen wurde sonst nicht weiter angetastet und damit seine Existenzberechtigung ausdrücklich anerkannt. Während die beiden vorherigen Generalversammlungen sich des langen und breiten über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Wanderunterstützung unterhielten, und auch stets Abstimmungen über ihre Beibehaltung oder Abschaffung vorgenommen werden mußten, kam diese auf der Braunschweiger Generalversammlung in Wegfall. Auch war die Zahl derjenigen, die die Erweiterung des Unterstützungswezens aus prinzipiellen Gründen, weil es den Klassenkampf verschleierte, ablehnten, nicht mehr so groß, und für den ablehnenden Standpunkt mehr praktische Bedenken maßgebend. Man fürchtete die Konsequenzen, die zu Beiträgen führen könnten, wie sie die Metallarbeiter in weitaus der Mehrzahl nicht würden bezahlen können.

Der Verbandsvorstand, obwohl mit seinem Antrag diesmal unterlegen, stand auf demselben Standpunkt wie zuvor. In seiner Bekanntmachung zur Einberufung der vierten zu Ostern 1899 in Halle stattfindenden Generalversammlung stellte er die Arbeitslosen-Unterstützung und Beitragserhöhung wiederum als Punkt auf die Tagesordnung, und veröffentlichte einige Nummern später in einem „An unsere Mitglieder“ überschriebenen Aufsatz ein vollständig umgearbeitetes Projekt einer Arbeitslosen-Unterstützung mit den rechnerischen Unterlagen. Auch hierauf setzte die Diskussion lebhaft ein, so daß bis zum Stattfinden der Generalversammlung in Halle die Annahme des Vorstandsantrags mit der statistischen Mehrheit von Zweidrittel der anwesenden Delegierten als gesichert galt. Nichtsdestoweniger erlebte Freund wie Feind auf der Generalversammlung noch eine Ueberraschung, als die Generalversammlung mit 108 gegen 29 Stimmen für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung entschied, also noch 17 Stimmen über die absolute Mehrheit für die Arbeitslosen-Unterstützung aufbrachte.

Die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung bedeutete für den Verband einen bedeutenden Schritt vorwärts und eine vollständige Aenderung seiner bisherigen Politik. Sie war der erste Schritt, und daß dem weitere folgen würden, das wußte Freund wie Feind. Der Zeitabschnitt bis zur Generalversammlung in Halle als innere Entwicklungsperiode des Verbandes zerfällt hiernach in zwei Abschnitte, den der vollständigen Regierung des Unterstützungswezens vom Jahre 1891 bis 1895 und dem der Vorbereitung und Propagierung des Ausbaues des Unterstützungswezens vom Jahre 1896 bis 1899. Der erste Abschnitt erreichte seinen Höhepunkt mit der Generalversammlung in Magdeburg zu Ostern 1895, die nicht nur die Arbeitslosen-Unterstützung ablehnte, sondern unter gleichzeitiger Erhöhung der Mitgliedsbeiträge auch die Wanderunterstützung bedeutend herabsetzte. Der zweite Abschnitt beginnt mit den vom Vorstand veranfaßten Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Jahre 1896 und erreichte seinen Höhepunkt auf der Generalversammlung in Halle im Jahre 1899 bei der Annahme des Antrags auf Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung, zugleich aber seinen Abschluß, denn prinzipielle Gegner des Unterstützungswezens dürften nach Einführung desselben im Verband wohl kaum mehr existieren.

Hinsichtlich seiner Ausbreitung machte der Verband ebenfalls Fortschritte, und kann man auch diese Entwicklungsperiode in zwei Abschnitte zerlegen. Der erste Abschnitt umfaßt die Zeit von 1891 bis 1895 mit sehr langjamer Zunahme der Mitgliederzahl und der zweite von 1896 bis 1900 mit schnellerer Zunahme der Mitgliederzahl. Die schnellere Zunahme in dem letzten Abschnitt ist in der Hauptsache auf den besseren Geschäftsgang zurückzuführen.

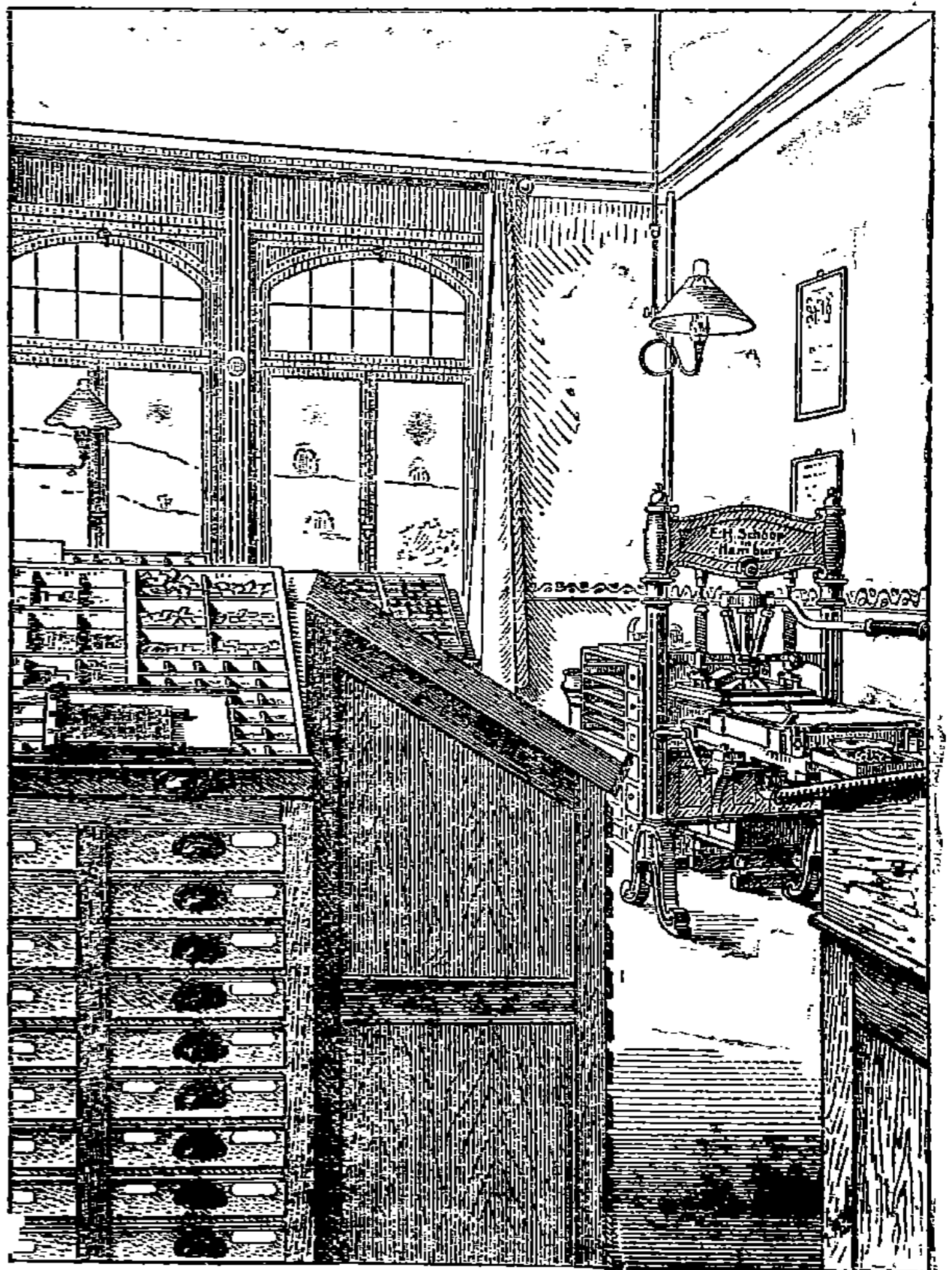
Die Mitgliederzahl, die am 1. August 1891 auf ca. 18000 angegeben werden konnte, stieg bis zum Jahreschluß auf 23205, nachdem sich am 1. Oktober der Deutsche Mechaniker-Verband aufgelöst hatte und mit ca. 500 Mitgliedern übergetreten war. Bis Ende 1892 war die Mitgliederzahl auf 26956 gestiegen. An aufgelösten Vereinen war der Deutsche Schlosser- und Maschinenbauer-Verband mit einigen hundert Mitgliedern hinzugekommen. Bis zum Schluß des folgenden Jahres (1893) stieg sie auf 28429 und bis Ende 1894 erreichte sie den höchsten Stand im ersten Entwicklungsabschnitt, nämlich 33406 Mitglieder, um bis Ende des Jahres 1895 wieder auf 33190 herabzusinken und damit den ersten Abschnitt dieser Entwicklungsperiode abzuschließen. Der Rück-

gang im Jahre 1895 findet seine Erklärung in der auf der Generalversammlung in Magdeburg erfolgten Erhöhung der Mitgliedsbeiträge und der gleichzeitigen Herabsetzung der vom Verband gewährleisteten Unterstützungen. Mit der schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1895 einsetzenden Steigung der Geschäftslage beginnt auch eine Steigung in der Zunahme seiner Mitglieder, die allerdings erst im Jahre 1896 zum Ausdruck kommt. Im Jahre 1897 löste sich der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter von Berlin und Umgegend zu Gunsten des Verbandes auf und trat mit circa 6000 Mitgliedern über. Die Mitgliederbewegung ergibt sich aus den nachfolgenden Mitgliederzahlen. Diese betragen am Schluß des Jahres 1896 49954, 1897 59890, 1898 75431, 1899 85014 und 1900 100762 Mitglieder.

Im Jahre 1901 waren es zehn Jahre, daß der Metallarbeiter-Verband ins Leben trat. Eine besondere Genugtuung erwuchs den Gründern des ersten Industrie-Verbandes in Deutschland. Konnten sie doch auf zehn Jahre erfolgreicher Thätigkeit zurückweisen, zeigte doch die Entwicklung des Industrieverbandes seine vollständige Lebensfähigkeit, und tat offenkundig dar, daß er auf dem richtigen Wege zu weiterer Kräftigung begriffen war. Selbst die Zweifler auf dem Frankfurter Kongreß, selbst die feindlichen Brüder, die sich nach dem Kongreß unnatürlicherweise von ihm entfernt hatten, mußten zugestehen, daß der Gedanke der Industrie-Organisation für die verschiedenen Berufe der Metallindustrie die einzig richtige Organisationsform unter den bestehenden Verhältnissen ist. Eine wirkliche Bestätigung erhielt der Gedanke des Industrieverbandes durch die im Jahre 1900 erfolgte Auflösung des Gold- und Silberarbeiter-Verbandes, sowie die im Jahre 1901 notwendige Auflösung des Zentralvereins der deutschen Former und ihren Anschluß an den bis noch in die letzte Zeit hinein verhaßt gemachten Metallarbeiter-Verband.

Was nun die Leistungen des Verbandes betrifft, so stiegen mit der Zunahme der Mitglieder und mit der Gesundung der Finanzen selbstverständlich auch diese und haben zur Zeit eine Höhe erreicht, wie sie sich die Freunde des Unterstützungswezens wohl kaum haben träumen lassen. Langsam aber sicher findet die Zentral-Organisation der Industrie nach und nach Anerkennung. Immer weitere Kreise zieht sie, und nicht mehr ferne dürfte die Zeit sein, wo auch die Hochburg der Lokalvereine, das rheinisch-bergische Industriegebiet, ihr erschlossen ist.

Diese zunehmende Leistungsfähigkeit des Verbandes setzte ihn nicht nur in den Stand, allen statistischen Anforderungen für Unterstützungswezen in vollem Umfange gerecht werden zu können, sondern er konnte auch nicht unwesentlich zur Verbesserung der Lage seiner Mitglieder beitragen oder den beabsichtigten Verschlechterungen mit Erfolg entgegenreten. In dem ersten Bericht an die Generalversammlung in Altenburg wird von dem Vorstand konstatiert, daß ein Metallschlagerstreik in Dresden mit 185 Teilnehmern wegen Mangel an Mitteln nicht durchgeführt werden konnte, sondern nach sechswochentlicher Dauer erfolglos beendet werden mußte. Auf der Generalversammlung in Nürnberg konnte der Verbandsvorsitzende bei seiner Begrüßungsansprache mit Genugtuung darauf hinweisen, daß demgegenüber in der letzten Geschäftsperiode der Verband neben verschiedenen anderen Kämpfen auch noch den bedeutenden der 3000 Werftarbeiter in Hamburg die doppelte Zeit hindurch über Wasser halten konnte, bis sich die Unternehmer doch zu Verhandlungen mit der Organisation, die sie erst nicht anerkennen wollten, herbeiließen.



Ein Blick in den Setzsaal.

Die Leistungen des Verbandes verteilen sich wie folgt:

Jahr	Kostengeb.		Arbeitslojunterstützung		Notlageunterstützung		Rechtsschutz		Streitss.		Verbandsorgan	
	M.	3	M.	3	M.	3	M.	3	M.	3	M.	3
1891	14728	57	—	—	1150	20	285	38	1942	67	6270	84
1892	47817	08	—	—	3798	—	1511	17	1668	—	31883	81
1893	47642	80	—	—	4694	—	956	15	1682	—	37276	70
1894	66643	70	—	—	5432	—	2145	92	26169	87	38878	38
1895	49092	22	—	—	7660	65	2194	54	36577	26	41823	88
1896	28478	90	—	—	9129	73	2038	04	102125	61	46928	99
1897	21965	46	—	—	11280	86	4064	84	110966	44	58684	43
1898	27340	52	—	—	18603	01	7433	72	70407	74	73654	05
1899	38328	77	—	—	23731	—	5223	30	444345	17	72694	65
1900	69191	63	50577	27	31622	89	6329	58	842875	56	78325	80
Sa.	406225	60	50577	27	117049	84	32187	64	1137960	32	485675	53

Diese Zahlen beweisen mehr als alles andere die Leistungsfähigkeit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und machen die so viel eingewendete Ausrede der Fernstehenden von der Leistungsunfähigkeit ohne weiteres zu nichts. Allein in der Geschäftsperiode 1899/1900 wurden vom Verband Mk. 1.011.868,81 für Unterstützungszwecke ausgegeben, und zwar Mk. 107.980,40 für Wanderunterstützung, Mk. 505.772,27 für Arbeitslojunterstützung, Mk. 787.020,73 für Streikunterstützung, Mk. 55.353,39 für Notlageunterstützung, Mk. 109.370,92 für Rechtsschutz. Diesen Aufwendungen gegenüber stellen sich die Einnahmen aus den Wochenbeiträgen der Mitglieder für die gleiche Geschäftsperiode auf Mk. 1.959.921,80 und machen hiernach die Aufwendungen für Unterstützungszwecke rund 57 Prozent der von den Mitgliedern geleisteten Wochenbeiträge aus. Den Mitgliedern kam also dieser Prozentsatz noch in derselben Geschäftsperiode wieder in Form direkter Unterstützungen zu gute.

Ähnlich ist das Verhältnis im letzten Geschäftsjahr 1901. Es wurden in diesem von den Mitgliedern an Beiträgen Mk. 1.253.062,70 aufgebracht, während Mk. 686.107,45, also 54,7 Prozent, ihnen als Unterstützungen wieder zufließen. Die Ausgaben stellen sich für diesen Zeitraum auf Mk. 1.08.625,79 für Wanderunterstützung, Mk. 311.949,07 für Arbeitslojunterstützung, Mk. 197.181,09 für Streikunterstützung, Mk. 56.670,58 für Notlageunterstützung, Mk. 11.680,92 für Rechtsschutz.

Vergegenwärtigt man sich, daß dieser Unterstützungen ein jedes Mitglied nach einjähriger Mitgliedschaft, also nachdem es einen Jahresbeitrag von etwas über 15 Mk. bezahlt hat, teilhaftig werden kann, so wird man im Ernste nicht mehr von unzureichenden Leistungen reden können. Diese Leistungsfähigkeit liegt aber im Wesen des Industrieverbandes begründet.

Gerade darin, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband die verschiedensten Berufe der Metallindustrie in sich vereinigt, besteht seine Stärke. Die Not des einen Berufs wird durch den andern gelindert. Befindet sich heute z. B. der Beruf der Maschinenschlosser, der Former oder der Dreher in einem schlechten Geschäftsgang, so können andere Berufe noch voll beschäftigt sein. Die durch etwaige Arbeitslosigkeit oder durch vorübergehendes Aussehen von der Arbeit geschmälerete Steuerkraft des einen Berufs, für den der Verband vielleicht gerade höhere Aufwendungen an Unterstützungen zu leisten hat, wird durch die anderen noch voll beschäftigten und im Besitz ihrer vollen Steuerkraft befindlichen Berufe ausgeglichen. Es wäscht eine Hand die andere. Das Ungemach, das heute den Beruf der Maschinenschlosser, Former oder Dreher betrifft, kann morgen den der Klempner, Bau-schlosser, Installateure oder irgend einem Beruf zustoßen, immer aber wird dieser oder jener Beruf zu gleicher Zeit

weniger hart betroffen als der andere und dadurch in der Lage sein, dem bedrängten Beruf über seine schlechte Zeit hinwegzuhelfen. Da aber ein jeder Beruf einmal eine schlechte Zeit durchzumachen hat, kann auch jeder Beruf an den anderen entgelten lassen, was er von ihm Gutes empfangen hat. Das Verhältnis der einzelnen Mitglieder sowie der verschiedenen Berufsgruppen untereinander beruht also auf völliger Gegenseitigkeit nach dem Grundsatz: „Einer für alle und alle für einen!“

Die in Obigem geschilderte Vormwärtsbewegung des Verbandes in den zehn Jahren seines Bestehens trug nicht nur zur Vergrößerung seiner Hauptverwaltung bei, sondern es ließ auch die Unterbringung eines Vorrats an verschiedenem Material von Zeit zu Zeit eine Vergrößerung der Räume nötig erscheinen. Die dadurch bedingte immer wiederkehrende Eventualität, mit den Verwaltungsräumen wechseln zu müssen, ließ im Vorstand den Gedanken auf Erbauung eines eigenen Verwaltungsgebäudes für den Deutschen Metallarbeiter-Verband reifen.

Dieser Gedanke, der schon in den ersten Jahren des Bestandes des Verbandes vereinzelt auftauchte, empfing einen neuen Impuls durch die Erfahrungen, die der Verband mit der Vergabung seiner Druckaufträge und besonders mit der Herstellung der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ im Laufe der Jahre und nicht zuletzt im Jahre seines zehnjährigen Bestehens machen mußte. Die Errichtung eines eigenen Heims für den Verband schuf nicht nur die Möglichkeit, die für die Verwaltung des Verbandes notwendigen Räume zu erhalten, sondern es war die weitere Möglichkeit gegeben, durch Vergrößerung der Anlage, auch die nötigen Räume für eine eigene Druckerei zu schaffen. Außerdem bot ein derartiges Unternehmen mehr Sicherheit für die zurückgelegten Kapitalien des eisernen Fonds der Organisation als es, wie bisher, bei der Anlage auf einer Bank der Fall war. Diese Erwägungen zeitigten zunächst die Erwerbung eines für die Zwecke geeigneten Grundstückes, das, nachdem die Generalversammlung gegen ein solches Unternehmen nichts zu erinnern hatte, im Juni 1901 zu bebauen angefangen wurde. Ungefähr am gleichen Tage des Jahres 1901, an dem im Jahre 1891 in Frankfurt a. M. die Gründung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschlossen wurde, wurde in Stuttgart der Grundstein zum Verbandshaus gelegt und in den Soekel desselben eine Kapel, die die Entwicklungsgeschichte des Verbandes und die Vorgeschichte der Errichtung des Verbands Hauses enthielt, eingelassen.

Der Bau schritt rüstig voran, so daß im Anfang März 1902 die den Verwaltungszwecken dienenden Räume bezogen werden konnten. Der imposante Verbandsbau, von dem wir hier die Totalansicht sowie einige Innenräume wiedergeben, besteht aus drei von einander durch Feuerwände getrennten Gebäuden. Zwei derselben sind Wohnhäuser mit drei bis fünf Zimmern in vier Stockwerken, während der niedrigere Seitenanbau ausschließlich dem Verband sowie der dazu gehörigen Buchdruckerei der Firma Alexander Schlicke & Co. dienen soll. Die in dem Anbau befindlichen Räumlichkeiten sind so reichlich versehen, daß sie auf Jahre hinaus den etwa zu erwartenden Anforderungen genügen dürften. Um aber diejenigen Räume, die heute noch nicht gebraucht werden, nicht unbenutzt stehen zu lassen, ist die oberste Etage vorerst noch zu Wohnräumen eingerichtet und vermietet worden. Der Anbau selbst besteht aus vier Stockwerken, dem Souterrain, dem Parterre und der ersten und zweiten Etage. Die vom Verband ausschließlich benutzten Räume befinden sich im ersten Stock und bestehen aus neun Räumen. Die Einteilung ist so getroffen, daß die Zimmer der drei der

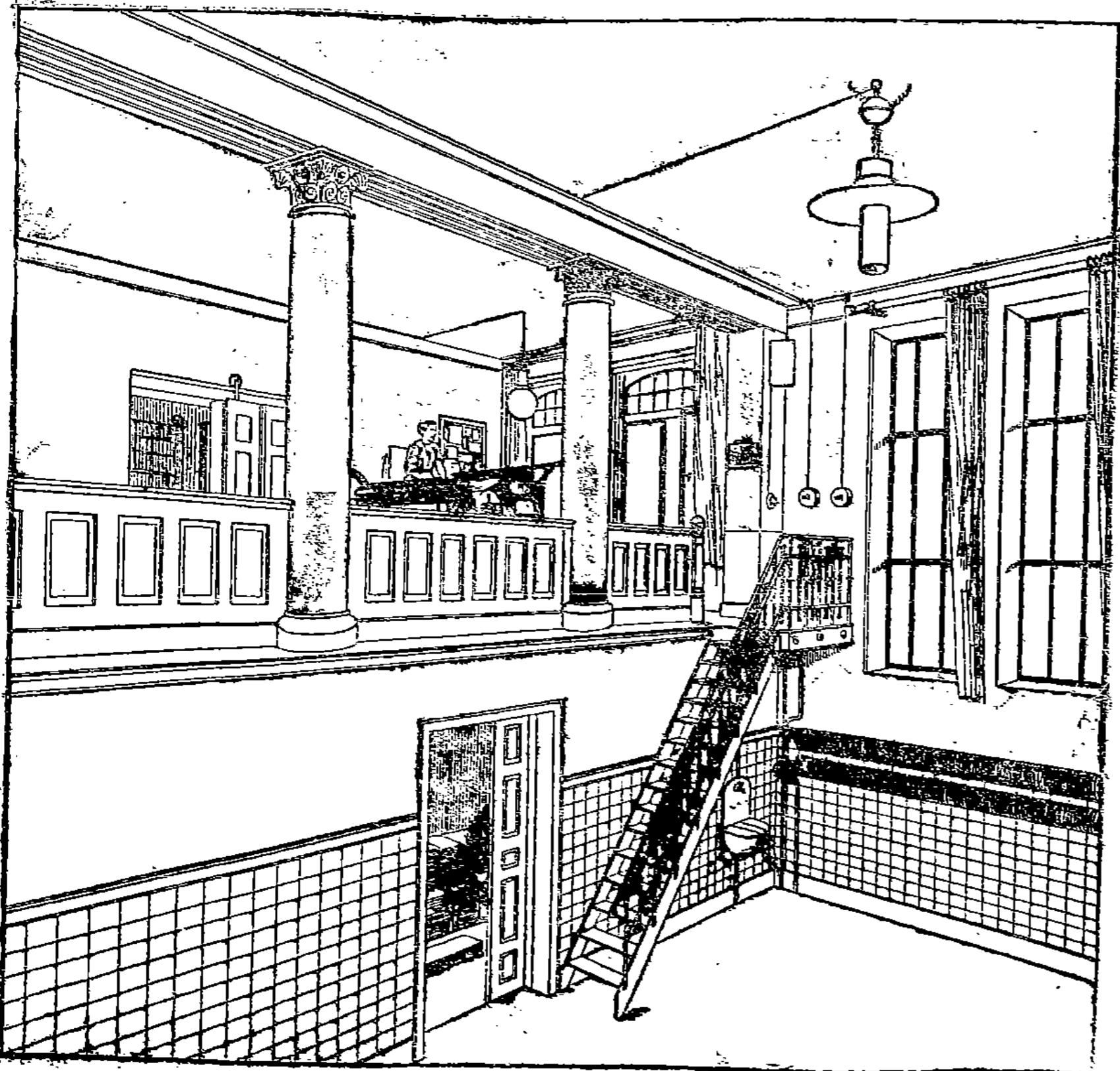
Generalversammlung direkt verantwortlichen Beamten nebeneinander gelegen und durch Türen mit einander verbunden sind. Zum Empfang der etwaigen Gäste, Handelsreisenden für die Buchdruckerei zc. ist ein besonderes Sprechzimmer eingerichtet, das direkt mit dem Zimmer des I. Vorsitzenden in Verbindung steht. Von letzterem Zimmer gelangt man in das des Sekretärs und von diesem in das der Hauptkassse. Neben der Hauptkassse befindet sich das große, einfenstrige Sitzungszimmer. Hier werden die wöchentlichen Sitzungen des Vorstandes, die außerordentlichen Sitzungen mit Vertretern des Ausschusses oder mit dem aus den Bezirksleitern gebildeten weiteren Ausschuss abgehalten. Auf dem hinteren Teile des langen Korridors befinden sich sodann die Räume für die übrige Verwaltung. Die Expedition für die Einzelmitglieder, die Führung der Mitgliederliste und der Zentralarbeitsnachweise der Feilenhauer in einem Zimmer, ein zweites Zimmer dient für die Feststellung und Registrierung der Unterstützungsbezüge der Mitglieder und die beiden letzten Zimmer als Expedition und Lager für das Verbandsmaterial. Das Lager ist mit einem elektrisch betriebenen Warenaufzug mit den unteren Räumen der Buchdruckerei verbunden, so daß das dort für den Verband gefertigte Material ohne weiteres mechanisch in die erste Etage befördert werden kann.

Die Räume der Buchdruckerei erstrecken sich über den größten Teil des Parterregeschosses und bestehen aus einem Maschinensaal, einem großen hellen Backraum, den Lokalitäten für die Redaktion und Expedition der Metallarbeiter-Zeitung, dem Seheraal, den Toiletten und einem Waschkraum. Im Souterrain befindet sich die Zentralheizung, die Stereotypie, die Formenwäsche, der Ankleideraum für die Arbeiterinnen und ein großer Lagerraum für das Rollenpapier der Metallarbeiter-Zeitung. Von dem Papierlagerraum gelangt man durch eine Zweiflügeltüre direkt in den Notationsmaschinensaal, einen über neun Meter langen, sechs Meter tiefen und ebenso hohen Raum, der von der Sohle des Souterrains bis zur Decke des Parterregeschosses reicht und, wie sämtliche Räume der Buchdruckerei, mit weißer Emailfarbe gestrichen ist. Sämtliche Räume, sowohl die der Druckerei als auch der Verbandsverwaltung, sind hell und luftig angelegt. In dem ganzen Etablissement, daß vom Gewerbeinspektor dem Vorsitzenden des Verbandes gegenüber als mustergültig in allen Teilen bezeichnet wurde, herrscht peinliche Sauberkeit und sorgt die gediegene Ausstattung als auch die tadellose Anlage für Luft und Licht dafür, daß sich ein jeder Beteiligte ihre Erhaltung angelegen sein läßt.

Was die technische Ausstattung der Druckerei betrifft, so wurde auch hier nach dem Grundsatz: „Das Beste ist für uns gerade gut genug“ das Maschinen- und Schriftmaterial nur von ersten Firmen bezogen.

Durch die Errichtung eines eigenen Heims hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband gezeigt, daß er nicht nur die Schäden, die den Arbeitern durch die Beschäftigung in ungesunden Räumen von den Unternehmern zugefügt werden, beurteilen kann, sondern daß er auch seinem Personal gegenüber diesen Benachteiligungen aus dem Wege zu gehen verstanden hat. Mancher Unternehmer mag sich daran ein Beispiel nehmen; für die Arbeiter der Metallindustrie aber möge das Vorgehen des Metallarbeiter-Verbandes ein Ansporn sein, allen Eifers durch Stärkung der Organisation dahin zu wirken, daß auch ihre gerechten Wünsche in bezug auf die Arbeitsräume durch die Macht der Organisation der Erfüllung näher gebracht werden können.

In Obigem haben wir in allgemeinen Zügen ein Bild von der Entwicklung unseres Verbandes entrollt. Noch vieles ließe sich über den Verband und seine Geschichte anführen, noch manches an den Mitteln, die den Verband seinem Ziele näher bringen sollen, kritisieren. Das letztere sowie die ausführlichere Geschichtsschreibung unseres Verbandes mag der Zukunft überlassen bleiben. Woran uns heute liegt, und was wir mit den obigen Zeilen Freund wie Feind nur wiederum zum Bewußtsein bringen wollten, ist die Macht, die in den Arbeitern liegt, wenn sie vereint sind. Der obige kurze Abriss unserer Verbandsgeschichte giebt ein klares Bild über das, was wir mit den geringen Mitteln zu leisten im stande waren. Es zeigt uns aber auch, daß wir das nur durch feste Vereinigung mit einander leisten konnten. Groß sind die Leistungen für die kurze Spanne Zeit, befreit können wir auf die Vergangenheit zurückblicken. Nicht aber dürfen wir selbstgefällig stehen bleiben. Noch viele Aufgaben harren ihrer Erledigung. Das erst begonnene Werk des Ausbaues des Unterstützungswesens muß vervollkommen werden, wenn es allen Mitgliedern gerecht werden und den Verband zu einem zuverlässigen Helfer derselben machen soll. Wir bedürfen dieser Einrichtung zur Heranziehung der uns Fernstehenden, wir bedürfen derselben zur Sicherung der zu uns Gehörnden. Wir müssen nicht nur den Kampf gegen das Kapital predigen, sondern wir müssen selbst Kapitalien anammeln, um auch einen Kampf wagen zu können. Dazu gehört Opferfirm, dazu gehört Ein-sicht und Verständnis unserer Mitglieder. Der Einzelne vermag in diesem Kampfe um bessere Zustände nichts aus-zurichten, geeint aber vermögen wir nicht nur unsere arbeits-losen Kollegen vor der äußersten Not und dem Elend zu schützen, sondern wir haben es auch in der Hand, unserem Feind, dem durch das Unternehmertum repräsentierten Kapital, mit Kapital entgegenzutreten zu können. Wir, die wir den Kampf nicht suchen, die ihn aber deswegen nicht fürchten, können Kämpfe am besten vermeiden, können eine Verständigung am besten ohne Kampf herbeiführen, wenn wir selbst dafür sorgen, daß wir über Kapital verfügen, weil dieses Kapital für uns nicht nur Kriegskasse, sondern auch Munition ist. Nach dem bei unseren Gegnern ja so gern und oft zitierten Grundsatz: „Wenn Du Frieden willst, rüste Dich zum Kriege“ haben auch die modernen Gewerkschaften durch Erhöhung der Leistungen ihrer Mitglieder sich den nötigen Rückhalt zu schaffen; denn Geld regiert auch heute noch die Welt.



Rotations- und Oberer Maschinensaal.

Aus Dänemark.

Kopenhagen, 16. Dezember 1902.

Es sind keineswegs heitere Zustände, unter welchen wir augenblicklich in Dänemark leben. Seit beinahe zwei Jahren hat hier in der Eisenindustrie eine Arbeitslosigkeit geherrscht, von welcher zirka 20 Prozent unserer Genossen betroffen worden sind. Unseren Verhältnissen nach haben wir ganz enorme Summen auf die Unterstützung der Arbeitslosen verwenden müssen. Unsere Organisation zählt 8000 Mitglieder, die sich ausschließlich aus gelernten Schmieden und Maschinenbauern zusammensetzen, während sich kaum 1000 außerhalb der Reihen befinden. Bei dieser Mitgliederzahl belief sich die Summe der im Jahre 1901 ausbezahlten Arbeitslosenunterstützung auf zirka 160 000 dänische Kronen (zirka 170 000 Mk.), und bereits in den ersten drei Monaten des Jahres 1902 wurden mehr als 50 000 Kronen (zirka 56 500 Mk.) an Arbeitslose ausbezahlt. Glücklicherweise haben unsere Mitglieder während der zahlreichen von uns ausgefochtenen Kämpfe einsehen gelernt, wie notwendig es ist, einen bedeutenden Beitrag an ihre Organisation zu bezahlen. In den letzten drei Jahren war unser Verbandsbeitrag ununterbrochen 75 Öre (83 Pf.) pro Woche, und trotzdem wir auch noch bedeutende Beiträge an die gewerkschaftliche Zentralorganisation für Konflikte in anderen Branchen haben leisten müssen, kann unser finanzieller Status doch als gut bezeichnet werden.

Auf der anderen Seite haben diese großen Kosten, in Verbindung mit den schlechten Konjunktoren, selbstredend nicht verfehlt, einen bedeutenden Einfluß auf unsere Stellung den Arbeitgebern gegenüber auszuüben, von welcher Stellung ich nachfolgend einen kurzen Umriß geben will.

Es existieren hier im Lande sechs verschiedene Fabrikanten- und Meisterorganisationen, jede derselben bildet für sich ein Glied der dänischen allgemeinen Arbeitgeberorganisation. Außerdem befinden sich hier drei recht ansehnliche Schiffswerften und zwei ebensolche Waggonfabriken (die eine der letzteren befaßt sich außerdem mit dem Bau von Lokomotiven). Diese fünf Werke haben sich nach und nach als selbständige Glieder in die Arbeitgeber-Zentralorganisation eingemeidet.

Unser Verband war nach und nach dahin gelangt, Arbeits- und Lohnverträge mit sozusagen sämtlichen dieser Organisationen abzuschließen und ebenso mit den erwähnten einzelnen Werken, aber diese Verträge, die auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen waren, liefen beinahe alle im Winter 1901 aus. Von unserer Seite wurden zu jener Zeit eine Reihe von Forderungen auf Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse aufgestellt, auf Grund deren wir eine Verhandlung betreffend Erneuerung der Verträge vorschlugen; aber zu gleicher Zeit schlossen sich vier der obengenannten sechs Meister- und Fabrikantenorganisationen, die drei Schiffswerften und die eine Waggonfabrik zusammen unter einheitlicher Leitung, mit scharfer Front gegen die Forderungen unserer Mitglieder.

Der Sommer und der Herbst 1901 verliefen nun unter einer Reihe von endlosen und resultatlosen Verhandlungen und ebenso unter einer Reihe von kleineren Konflikten zwischen uns und der neuerrichteten Arbeitgeberorganisation, und erst im Dezember 1901 nahmen diese Verhandlungen eine Wendung und führten zu einem Vertrag, der im Februar d. J. in Kraft trat. In einzelnen Fällen verschaffte uns dieser Vertrag freilich eine Lohnerhöhung, aber im großen und ganzen war er doch nur eine Aufrechterhaltung des status quo mit Rücksicht auf den Minimallohn, der wiederum für das ganze Land auf einen Grundpreis von 30 Öre (35 Pf.) pro Stunde festgesetzt wurde. Der Vertrag gilt bis zum 1. Februar 1904, doch mit dem Rechte für die Arbeitgeber, ihn auf ein Jahr verlängern zu erhalten, wenn sie am 1. Februar 1903 den Minimallohn um einen Öre erhöhen. Daneben hat unser Verband das Recht, mit Rücksicht auf die Durchschnittslöhne, wo diese auf den einzelnen Werksstätten als zu niedrig befunden werden, Forderungen auf Verbesserungen zu stellen, was selbstverständlich von der allergrößten Bedeutung für uns ist.

Nach Abschluß dieses Vertrages ist es uns im Laufe des Sommers gelungen, mit den Arbeitgebern eine Einigung betreffend der „Regeln für die Behandlung gewerblicher Streitigkeiten“ zu erzielen. Der erste Abschnitt dieser Regeln verlangt, daß ein zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern entstandener Streitfall durch Verhandlung, die in Kopenhagen innerhalb drei Tagen und in den Provinzstätten innerhalb fünf Tagen eingeleitet werden muß, zu schlichten gesucht werden soll; der zweite Abschnitt enthält Anweisung für die Etablierung eines Schiedsgerichts in solchen Fällen, wo die eingeleiteten Verhandlungen resultatlos verlaufen sind. Auf jeden Fall steht es jedoch beiden Parteien frei, ob sie das Schiedsgericht anrufen wollen oder nicht.

Des weiteren ist ein Ausschuß, bestehend aus zwei Arbeitgebern und zwei unserer Mitglieder, welche in Gemeinschaft einen Obmann wählen, gewählt worden, dessen Aufgabe es ist, in allen jenen Fällen, wo zwischen den Organisationen Differenzen über die Auslegung der zu jeder Zeit geltenden Verträge entstehen, Recht zu sprechen.

Gegenwärtig wird zwischen den Organisationen über Änderungen in den „Gemeinschaftlichen Geschäftsregeln“ verhandelt. Diese Regeln enthalten unter vielen anderen auch Bestimmungen über die Bezahlung der Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit, über die Arbeit in Tag- und Nachtschichten, über die Bezahlung der Arbeit außerhalb des Ortes sowie der Reisearbeit, und endlich über den Abschluß von Akkorden und deren Abrechnung, wenn das Arbeitsverhältnis entweder von dem Arbeiter selbst oder von dem Arbeitgeber gelöst wird. Obgleich gegenwärtig einige Aussicht vorliegt, daß man zu einer Einigung kommen kann, mag ich jedoch hinzufügen, daß die Veränderungen, die diese Geschäftsregeln — die für das ganze Land gelten — erfahren werden, nur in vereinzelten Fällen eine eigentliche Erhöhung der jetzt existierenden Löhne bedeuten werden; im allgemeinen müssen sie als Regalierungen nach dem Prinzip: Aufrechterhaltung des Status quo, bezeichnet werden.

Ich will jetzt nur noch hinzufügen, daß während des Verhältnisses zwischen uns und den Arbeitgebern in der Eisenindustrie äußerlich als friedlich bezeichnet werden muß, wir doch nichtsdestoweniger stets scharf damit beschäftigt sind, den häufigen Versuchen unserer Gegner, sowohl die Durchschnittslöhne wie die geltenden Akkordpreise zu reduzieren, entgegenzuarbeiten. In dieser Beziehung sind wir ja im Stande, eben nicht wenig zum Vorteil unserer Mitglieder auszurichten (wenngleich wir im übrigen nicht bestreiten können, daß unsere Arbeitsverhältnisse unter den herrschenden schlechten Konjunktoren leiden), denn unsere Stellung ist, vom Standpunkt der Organisation aus betrachtet, ganz vorzüglich.

Mit brüderlichem Gruß und herzlichem Prosit Neujahr!
Euer J. A. Hansen.

Aus dem Schweizerischen Metallarbeiter-Verband.

Bern, Ende Dezember 1902.

Ein sehr arbeitsreiches und bewegtes Jahr haben wir hinter uns. Nicht, daß wir viele oder große gewerkschaftliche Kämpfe nach außen zu bestehen hatten. Dazu ist die Zeit gegenwärtig für schwache Organisationen nicht so günstig, man muß alle Vorsicht anwenden, um offenen Konflikten mit dem Unternehmertum möglichst aus dem Wege zu gehen. Wir leiden wie alle anderen Organisationen eben auch unter der Krise, mit allem, was dieselbe im Gefolge hat. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch groß unter den Metallarbeitern, und die meisten größeren Betriebe arbeiten mit reduziertem Personal oder reduzierter Arbeitszeit oder beidem zusammen.

Was uns aber „Leben in die Bude brachte“, das sind die Änderungen, die der Verband an sich selber vornahm, und diese sind deshalb für uns mit mehr Eärm begleitet worden, weil eine Minderheit sich nicht dazwischenfügen wollte und der Mehrheit ihren Willen nicht aufzwingen konnte. Die Obstruktion wurde soweit getrieben, daß die „Unzufriedenen“, alle Grundzüge gewerkschaftlicher Disziplin über Bord werfend, aus dem Verband austraten, wodurch wir etwa 800 Mitglieder verloren, was bei einer Gesamtmitgliederzahl von 4000 stark spürbar ist. Die Führung in diesem Kampfe gegen den Verband hatten die Giesler (Formen) von Zürich und Dersikon, und sie können den traurigen Ruhm für sich beanspruchen, den Verband um ein Fünftel seiner Mitgliedschaft geschwächt zu haben. Dabei ist auch das sogenannte Gieslerartell in die Brüche gegangen, da alle anderen Gieslersektionen, mit Ausnahme von Baden und den genannten, demselben ihrerseits Valet sagten und treu zum Verband halten.

Trotzdem werden wir es nie zu bereuen haben, gegen diesen Widerstand angekämpft und diejenigen Einrichtungen getroffen zu haben, die das Wachstum, die innere Festigkeit und Erfolge im Kampfe verbürgen. Der Verlust an Mitgliedern ist jetzt schon ausgeglichen, und wir können also diese Austritte und die Krise in Betracht gezogen, bezüglich des Wachstums zufrieden sein.

Vor zwei Jahren haben wir die Beiträge von 30 auf 60 Cts. per Monat erhöht, dieses Jahr haben wir die Beiträge auf 30 Cts. pro Woche festgesetzt, also dieselben innerhalb zwei Jahren verdreifacht. Das ist wohl eine Leistung, die sich sehen lassen darf und worauf alle Mitglieder stolz sind. Diese Beiträge sind voll an die Zentralkasse zu entrichten, für Verwaltungskosten und Anderes haben die Sektionen extra aufzukommen. Zugleich haben wir die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und die bisher bezahlte Reiseunterstützung auf die gleiche Höhe wie erstere gestellt, mit den ungefähren Ansätzen, wie sie im Deutschen Metallarbeiter-Verband Geltung haben. Die Ausschaltung beginnt am 1. Aug. 1903. Außerdem wurde ein alle 14 Tage erscheinendes Verbandsorgan in deutscher und französischer Sprache geschaffen, von welchem bereits 18 Nummern erschienen sind.

Alle diese Änderungen haben bereits in ungehofftem Maße bewirkt, was von ihnen erwartet wurde, trotzdem die Reise- und Arbeitslosenunterstützung noch nicht in Funktion ist. Das Interesse der Mitglieder an der Organisation ist gestiegen, die Beitragzahlungen pünktlicher geworden, neue Eintritte viel mehr als vorher zu verzeichnen und Austritte, seit der Sturm vorüber, viel seltener geworden. Das nach so kurzer Zeit konstatieren zu können, ist wirklich eine Genugtuung und erhöht Lust und Liebe zum Weiterarbeiten.

Gegenwärtig wird die Einführung der Krankenunterstützung diskutiert und erwogen und kommt vielleicht in zwei Jahren zur Einführung. Streiks waren in diesem Jahre wenig zu verzeichnen, doch sind alle mit gutem Erfolg durchgeführt und beendet worden. Der größte war der in der Maschinenfabrik Säger-Wyß & Cie. in Zürich, an dem 1000 Mann beteiligt waren. Von diesen waren aber nur zirka 170 Mitglieder des Verbandes. Der Streik dauerte 17 Tage. Was ihn zu einem annehmbaren Resultat führte, ist ein Umstand, wie er sonst selten zutreffen wird. Die Arbeiter ersetzten über keine Mittel und waren in der Hauptsache, weil unorganisiert, auf freiwillige Hilfe angewiesen. Mit diesem Umstand rechnete die Direktion und wollte nicht nachgeben, bis die Arbeiter Miene machten, die Geschäftsfrankenkasse mit 20 000 Frs. anzugreifen und aus ihr Streikunterstützung zu zahlen, wozu sie kompetent gewesen wären. Da gab die Direktion nach und ließ sich zu einem Vergleich herbei. Die Hauptforderung, Entlassung des Betriebschefs, mußten aber die Arbeiter fallen lassen. Daß die Arbeiter durch diesen Streik länger geworden und sich nun dem Verband angeschlossen hätten, können wir nicht behaupten, im Gegenteil, die Giesler sind ja noch ausgetreten. Alle anderen Streiks in diesem Jahre sind von geringem Umfang. Neben dem wurden eine Reihe von Lohnbewegungen mit bestem Erfolg durchgeführt, was auch das Vertrauen der Arbeiter zu unserer Organisation bedeutend gestärkt hat.

So darf denn unser Verband mit Stolz auf das abgelaufene Jahr und mit froher Hoffnung in die Zukunft blicken.

Die Einführung von Krankenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Schon längst war es ein offenes Geheimnis, daß der Vorstand der nächsten Generalversammlung einen diesbezüglichen Antrag unterbreiten würde, und ist es mit Freuden zu begrüßen, daß er schon jetzt mit seinem Antrag an die Öffentlichkeit getreten ist. Es wird wohl kaum einen ernstlichen prinzipiellen Gegner dieser Unterstützung geben, es sei denn, er stände auf dem Standpunkt der Verelendungstheorie. Ob es aber ratsam ist, schon auf der nächsten Generalversammlung diesen Unterstützungsantrag einzuführen, hängt lediglich davon ab, wie wir in diesem Jahre mit unseren Kassenvorständen abschneiden werden. Stellt es sich heraus, daß wir mit den uns für die Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung stehenden Mitteln in dieser schweren Zeit ausgekommen sind, so sind wir auch für die Zukunft gesichert. Ich würde dann ohne Bedenken für die Einführung der Krankenunterstützung eintreten können. Ueber die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit will ich kein Wort verlieren.

Was die Durchführbarkeit betrifft, so hat uns der Vorstand ziemlich einwandfreies Material geliefert, das eher viel zu grau als zu rosa gefärbt ist. Der Vorstand sowohl, wie die Kollegen, die sich bis jetzt zu dieser Frage äußerten, haben einen sehr wichtigen Punkt zu berücksichtigen unterlassen. Es ist dies der enge Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Krankheit. Auf der einen Seite ist Krankheit die Folge von Arbeitslosigkeit, weil der Mensch ohne die notwendigen Mittel nicht in der Lage ist, seinem Körper die zur Erhaltung seiner Gesundheit erforderliche Nahrung zuführen zu können. Auf der anderen Seite ist die Arbeitslosigkeit in sehr vielen Fällen die Folge von Krankheit, weil der Unternehmer laut Gewerbeordnung das Recht hat, den Arbeiter in Krankheitsfällen sofort zu entlassen. Es liegt nun für den davon betroffenen Arbeiter nichts näher, als solange „krank“ zu bleiben, bis er wieder Arbeit gefunden hat, um sich wenigstens einigermaßen über Wasser zu halten. Noch mehr aber wird die Simulation hervorgerufen durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, durch eintretende Krisen, durch Einstellen der Vantätigkeit bei eintretendem Frost u. s. w. Jeder mit den Krankenkassenverhältnissen nur einigermaßen bekannte Kollege muß mir darin Recht geben, daß je niedriger die Mitgliederzahl einer Krankenkasse wird, desto höher die Krankenziffer steigt, ganz besonders trifft dies zu in den Ortskrankenkassen. Und gerade das Material aus den letzteren ist für uns am maßgebendsten. So erfolgten bei der vereinigten Ortskrankenkasse der Handwerker in Köln während des letzten Frostes in zehn Tagen 700 Krankmeldungen bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 15 000. Ich glaube nicht zu hoch zu greifen, wenn ich mindestens die Hälfte der Krankmeldungen auf Arbeitslosigkeit zurückführe. Wie berechtigt ich zu dieser Annahme bin, will ich an einem recht drastischen Beispiel beweisen. Vor einigen Jahren entließ ein Bauunternehmer wegen eingetretenerm Frost 30 Arbeiter. Am anderen Tage meldeten sich von diesen 30 Arbeitern 24 krank! Es wird doch wohl niemand glauben wollen, daß diese nun plötzlich über Nacht krank geworden sind. Nein, nur die Tatsache, aller Krisenmittel beraubt zu sein, nur die Not trieb diese Arbeiter dazu, zu Betrugern der Kasse und ihrer Mitmenschen zu werden.

Alle diese Fälle sind bei der Vorstandsberechnung unberücksichtigt geblieben. Die Einführung einer Krankenunterstützung liegt für uns gerade deshalb so günstig, weil wir bereits eine Arbeitslosenunterstützung haben. Die Simulation ist dann bei uns fast ganz ausgeschlossen, weil keine Ursache dafür vorhanden ist. Es hat niemand notwendig, Krankheit zu simulieren, wenn Arbeitslosigkeit vorhanden ist, weil wir für diese Fälle Unterstützung leisten. Beide Unterstützungen zu gleicher Zeit kann aber niemand beziehen. Ob es praktisch ist, die Unterstützungen ganz getrennt zu halten, daß man beispielsweise in einem Jahre 7 Wochen Arbeitslosenunterstützung und 13 Wochen Krankenzusuch beziehen kann, oder ob es nicht ratsamer wäre, beide Unterstützungen auf eine Dauer und eine Summe zusammenzufassen, wäre ebenfalls noch zu erwägen. Der Einfachheit halber würde sich wohl letzteres empfehlen.

Würde die Krankenunterstützung sowie Sterbegeld eingeführt, so könnten wir uns auch noch eine Hilfseinnahmequelle dadurch verschaffen, indem wir das Beitrittsgehalt erhöhten. Wenn wir den neu eintretenden Mitgliedern derartige Leistungen bieten, wäre meines Erachtens ein Eintrittsgeld von 1 Mark bzw. 50 Pf. nicht zu hoch bemessen.

Nun noch einige Worte zu dem Artikel des Kollegen K. K. in Nr. 49. Er behauptet, daß unser Verband sich auch ohne Arbeitslosenunterstützung gehoben habe, ohne es beweisen zu können. Mit demselben Rechte kann ich behaupten, daß, wenn wir während der Krise die Arbeitslosenunterstützung nicht gehabt hätten, dann unsere Mitgliederzahl um 10 000 abgenommen haben würde. Er sagt ferner, daß die Bedürftigkeit nicht vorliege, weil genügend Versicherungsanstalten bestehen. Daß noch lange nicht jeder Kollege in diese Klassen aufgenommen wird, ist bereits nachgewiesen. Aber wir haben auch eine reichsgesetzlich geregelte Invalidenversicherung! Selbst der Kollege K. K. wird doch nicht behaupten wollen, daß nun nach dieser Richtung hin alles gethan sei. Wir werden sogar in unserem Verband einmal dazu kommen, eine detarierte Unterstützung einzuführen. Die Notwendigkeit kann man leicht nur mit den 33% Pf. Rente beweisen. Eine ähnliche Unterstützung wird eingeführt werden, wenn die Arbeitslosenversicherung gesetzlich so eingeführt wird, daß wir im Verband darauf verzichten können und das Krankenkassengehalt so ausgebaut wird, daß die Krankenkassen gehalten sind, ein Krankengeld zu geben, das dem täglichen Arbeitsverdienst einigermaßen gleichkommt. Dann hat auch das Glöcklein der freien Hilfskassen geschlagen.

Nun rechnet K. K. gar mit 10, 15, 20 Prozent Verwaltungskosten! Würden wir diese zur Verfügung haben, so wüchsen wir in den größeren Orten ja einen Geschäfts-

föhner anstellen können. Das wird doch jedenfalls nicht notwendig sein. Für unsere Kassierer ist es vollständig gleich, ob sie eine Marke zu 30 oder 50 Pf. verkaufen; letzteres gar noch lieber. Die Verwaltungskosten sind hauptsächlich sächliche Ausgaben.

Der Beamte des Hauptvorstandes, der dieses Ressort eventuell zu bearbeiten hat, wird jedenfalls schon vorhanden sein, denn im vorigen Jahre haben wir zwei Beamte übernehmen müssen, ganz gleich ob Arbeit dafür vorhanden war oder nicht.

Zum Schluffe stellt K. K. gar die Behauptung auf, daß wir uns dem Fahrwasser der Firch-Dunderschen Gewerkverein näherten, was er damit zu beweisen sucht, daß in einer bestimmten Zeit die Maurer mehr Streiks mit mehr beteiligten Personen geführt haben als unser Verband.

Köln a. Rh. J. Giesien.

Ausfertigung von zweiten Büchern können nicht mehr berücksichtigt werden, weil anzunehmen ist, daß die betreffenden Antragsteller über dreizehn Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind.

Für Bestellungen auf zweite Bücher ersuchen wir stets ein besonderes Blatt Papier zu benutzen.

Da nach § 18 Absatz 2 des Verbandsstatuts die Rentwahlen zu den Ortsverwaltungen im Monat Dezember vorgenommen werden sollten, ersuchen wir um so zeitige Mitteilung der Resultate derselben und genaue Angabe der Adressen, damit im neuen Jahre die Geschäftsführung durch unrichtige Adressen keine Störung erleidet.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht.

Der Verwaltungsstelle in Mögeldorf ein wöchentlicher Extrabeitrag von 5 Pfennig pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 8 Abs. 7 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rathenow: der Goldarbeiter Franz Paris, geb. am 18. November 1866 zu Rathenow, Buch-Nr. 348743; der Goldarbeiter Bruno Dohms, geb. am 21. Septbr. 1881 zu Rathenow, Buch-Nr. 348736; der Goldarbeiter Hermann Kahlbau, geb. am 15. Juni 1866 zu Rathenow, Buch-Nr. 436083; der Goldarbeiter Karl Kemnitz, geb. am 20. Oktober 1877 zu Rathenow, Buch-Nr. 513977; der Goldarbeiter Hermann Muffow, geb. am 7. Dezbr. 1876 zu Schollern, Buch-Nr. 488965; der Goldarbeiter Otto Weigel, geb. am 13. Januar 1880 zu Rathenow, Buch-Nr. 486090; der Einschleifer Hermann Voigt, geb. am 3. Oktober 1855 zu Siegerothsbruch, Buch-Nr. 515552; der optische Arbeiter Ernst Voigt, geb. am 23. März 1866 zu Rathenow, Buch-Nr. 515674.

Die obige Liste war schon in Nr. 51 d. Hg. von 1902 veröffentlicht und als Antrag stellende Verwaltungsstelle irtümlich Brandenburg genannt worden.

Nicht wieder aufgenommen werden darf auf Antrag der Verwaltungsstelle Worms a. Rhein:

der Formner Josef Parisch, geb. am 19. Januar 1870 zu Oberalfingen, Buch-Nr. 438346, wegen unkollegialen Verhaltens.

Offentlich gerügt wird das Verhalten des Goldarbeiters Teuerkauf vor der Wiederaufnahme der Arbeit beim letzten Streik.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bzw. Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben, die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an diesen Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt: Dem Klemptner Georg Seidel, Friedrich Miller, Carl Boggenburg, Max Kottler, Wilhelm Meyer und Otto Wagner nach dem von der Verwaltungsstelle in Hamburg gestellten Antrag, Streikbruch betz.

Dem Metallrührer Paul Kempe in Hamburg nach dem von der Verwaltungsstelle in Hamburg gestellten Antrag, unkollegiales Verhalten betz.

Dem Schlosser Karl Tappenhäcker aus Bonn, geboren am 29. Dezbr. 1869, Buch-Nr. 520948, nach dem von der Verwaltungsstelle in Kassel gestellten Antrag, betr. Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Getwarnet wird vor dem Schlosser Max Müller, geboren am 23. November 1880 zu Gattlingen, Buch-Nr. 432550, auf Antrag der Verwaltungsstelle in Waltershausen, wegen unrechtmäßiger Manipulationen.

Getwarnet wird ferner vor dem Formner Paul Kersten, geb. am 16. Dezember 1872, welcher unter Verhüllung eines geflochtenen ihm jetzt abgenommenen Mitgliedsbuches Reizeinnahme zu erschwindeln versuchte.

Dem Dreher Hermann Momme diene hierdurch zur Nachricht, daß sich sein Mitgliedsbuch beim Vorstand befindet und er es gegen Abgabe seiner vollständigen Personalien erhalten kann.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereturnt ist.

Mit kollegialem Gruß und Neujahrsglückwunsch! Der Vorstand.

Zur Beachtung.

- Zuzug ist fernzuhalten: von Drahtarbeitern nach Berlin (Heinze) St.; von Feilenhanern nach Breslau (Wilkens); von Feingoldschlägern nach Nürnberg und Schwabach (sonders von der Werkstätten W. Wiltner, Humber); von Formnern und Eisengießerei-Arbeitern nach Blankenburg, Mübeland und Borge am Harz (Harz Werke); nach Erfurt (Schwabe & Co.); nach Güstrow (Str.); nach Solingen (Voh) R.; von Gold- und Silberarbeitern nach Kopenhagen (S. Bentsch); von Intirieren (Nähmaschinenbranche) nach Berlin-Nordhof (Northmann) St.; von Klemptnern nach Burg (D.); nach Emmerich am Rhein (Breitenstein) St.; von Rietern und Stemmern nach Vegesack (Bremer Vulkan); von Silberschlägern nach Schwabach (Hornbacher) D. (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Ausfertigung; D.: Differenzen; M.: Maschinenbau; Mi.: Mistände; H.: Lohn- oder Afford-Reduktion; F.: Einföhrung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Feilenhaner. Kiel. In der Versammlung am 14. Dezember v. J. wurde der Arbeitsnachweis einer Besprechung unterzogen. Es wurde scharf gerügt, daß auswärtige Kollegen, namentlich aus Chemnitz, unter Umgehung des hiesigen Arbeitsnachweises sich schriftlich direkt an die Unternehmer wenden.

Formner. Altenburg. Am 28. Dezember v. J. haben sämtliche Formner (14) bei der Firma Otto Köhler & Comp. wegen ganz bedeutender Preisrückerei die Arbeit niedergelegt.

Klemptner. Elbing. Daß die Arbeitgeber bei Streiks keine Gelbtausgaben scheuen, um Streibtrecher heranzuziehen, beweist wiederum der Streik bei der Firma Breitenstein in Emmerich a. Rh. führen. Anstatt den Arbeitern den alten schon larg bemessenen Affordlohn weiter zu zahlen, ist die Firma auf den Gedanken gekommen, Agenten im Reiche herumzuschicken, um Klemptner durch Vorpiegelung falscher Tatsachen heranzuziehen.

Emmerich a. Rh. Ein Lackierer namens Kusmer ist bis zum 16. Januar nach Meissen beurlaubt worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er den Auftrag hat, Klemptner anzuwerben. Wir warnen die Kollegen, Arbeit nach hier anzunehmen, da der Streik unverändert fortwährt.

Metallarbeiter.

Altenburg. Wenn die eingetretene Krisis sich im Jahre 1901 bei uns noch nicht besonders bemerkbar machte, so sollten sie die hiesigen Metallarbeiter im Jahre 1902 etwas mehr zu spüren bekommen. Schon bei der Waiseier machte sich das bemerkbar, indem die Arbeiter in den drei hiesigen Nähmaschinenfabriken zum erstenmale vor die Alternative gestellt wurden: oder den 1. Mai nicht arbeiten, wird auf drei Tage ausgesperrt, was auch, nachdem die Arbeiter in zwei Betrieben trotzdem die Arbeit ruhen ließen, von den Fabrikanten prompt durchgeführt wurde.

Chemnitz. Die Arbeitslosigkeit unter den hiesigen Metallarbeitern stieg im letzten Quartal 1902 nicht so hoch wie es im Vorjahr der Fall war, jedoch ist die Zahl der Beschäftigten seit 1899 stets zurückgegangen. Nach dem Jahresbericht der Allgemeinen Krankenkassen für Maschinenfabriken und Eisereien waren versichert zu Beginn des Jahres 1899: 18242 männliche erwachsene Arbeiter, 2200 jugendliche Personen und 399 Arbeiterinnen, im Jahre 1900: 17382 männliche erwachsene, 2236 jugendliche Arbeiter und 687 Arbeiterinnen, 1901 waren es noch 16880 erwachsene männliche Arbeiter, 2121 jugendliche Personen und 482 Arbeiterinnen. Bis zum Schluffe des Jahres 1901 reduzierte sich die Mitgliederzahl noch um weitere 2687 Personen.

In der Hauptsache war es die Zahl der erwachsenen männlichen Kassenmitglieder, die stets zurückgegangen ist, während die Zahl der jugendlichen bis 1900 noch eine Steigerung erfahren hat, um dann bis 1901 etwas zurückzugehen. Ein Zeichen, daß die Unternehmer beabsichtigen, möglichst billige Arbeitskräfte einzustellen. Und in der Tat werden auch auf dem Arbeitsnachweis der Metallindustrie in den größten Teils junge Leute verlangt, es ist vorgekommen, daß tüchtige Dreher nicht über 16 Jahre alt verlangt wurden. In erster Reihe sind es Dreher, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, in der letzten Arbeitslosenversammlung waren unter 30 Metallarbeitern 24 Dreher, 21 Formner und Eisereiarbeiter und 12 Schlosser vertreten. Letztere finden in Strumpf- und Stiefmachmaschinenbau Unterkommen, wo mit Ueberstunden gearbeitet wird.

In der Chemnitzer Wirtwaren-Maschinenfabrik wurde die Zahl der Arbeiter außerordentlich vermehrt, es ist deshalb der Speisesaal zu klein, so daß eine Anzahl Leute ihr Mittagessen in einem kalten Schuppen einnehmen müssen, dessen Betreten mit drei Mark Strafe verboten ist. Andere sind gezwungen, um während der Mittagspause nicht zu frieren, Restaurationen oder Brauereibetrieben aufzusuchen. Frühstück und Vesperpause besteht in dieser Fabrik nicht. Die Leute müssen ihr Brot während der Arbeit essen, was bei der strengen Aufsicht noch mit Schwierigkeiten verknüpft ist. Zu trinken haben die Leute während der langen Arbeitszeit nichts als Wasser und kaltes einfaches Bier, denn es fehlt an der Einrichtung, um etwas Kaffee zu erhalten, was bei der kalten Witterung sehr erwünscht wäre.

Zu bemerken ist noch, daß die hiesigen Metallarbeiter im letzten Jahre doch mehr begriffen haben, daß es nicht möglich ist, einzeln für seine Interessen einzutreten; es hat sich die Zahl der Organisierten im letzten Jahre reichlich um 900 vermehrt. Leute, die früher glaubten, daß wenn sie einmal in einem der größeren Betriebe längere Zeit tätig waren, dann zeitweises Arbeit und Verdienst hätten, sind eines anderen belehrt worden. Der Glaube an das patriarchalische Verhältnis ist erschüttert, indem Leute, die 20, 25, 30 und 34 Jahre in ein und demselben Betriebe tätig und mit dem Abzeichen für Treue in der Arbeit versehen waren, auf das Strafenpflaster gemossen wurden. Sie waren gehor, so lange sie ausbeutungsfähig waren, nachdem man sie ausgepreßt hatte, vergaß

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der mit Ende 1902 angebrachten Mitgliedsbücher ersuchen wir die Bestellungen so zeitig vorzunehmen, daß die Ausfertigung der betreffenden Nummern keinen Aufschub erleidet. Zur Bestellung der für die zu Ende gehenden Bücher auszufertigenden zweiten Bücher bedarf es der Angabe der Hauptnummer, des Vornamens und Zunamens, des Berufs, des Geburtsortes und -tages, sowie des Tages des Eintritts des Inhabers. Diese Angaben sind notwendig, um nach demselben etwaige in der Hauptliste vorhandene Unrichtigkeiten und Mängel aus derselben beseitigen zu können. Die Ausfertigung des Mitgliedsbuches erfolgt durch die Ortsverwaltung und darf ein zweites Buch nur gegen Rückgabe des bisher benutzten Mitgliedsbuches ausgehändigt werden. Die von den Mitgliedern ausgelieferten ausgebrauchten Mitgliedsbücher sind, um Mißbrauch zu verhüten, sofort in Gegenwart ihres bisherigen Besitzers zu vernichten. Zur Erleichterung der Feststellung der Buchnummern, die mit Ablauf dieses Jahres zu versehen sind, empfiehlt es sich, wenn die Ortsverwaltungen sich alle die im Jahre 1897 zur Ausgabe gelangten Mitgliedsbücher auf eine besondere Liste aus ihrer Mitgliederliste ausziehen und die Eigentümer der betreffenden Buchnummern auffordern, sich zur Einsichtnahme in ihr Mitgliedsbuch bei der Ortsverwaltung unter Vorlage des Mitgliedsbuches zu melden.

Zur Lage der deutschen Elektrotechnik.

Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft vorbereitete sich am 4. Dezember v. J. Herr Dr. jur. H. Bäcker, Syndikus des „Vereins zur Wahrung gemeinsamer Wirtschaftsinteressen der deutschen Elektrotechnik“...

Verwendung der Elektrizität.

Ueber die ungeheure Steigerung, welche die Anwendung der Elektrizität im letzten Jahrzehnt erfahren hat, geben die zur Erzeugung von elektrischem Strom verwendeten Dampfmaschinen in Preußen Aufschluss.

Rundschau.

Vom sächsischen „Zwiel“.

In Nr. 41 der Deutschen Metallarbeiterzeitung v. J. berichteten wir unter „Metallarbeiter“ über eine Versammlungsausschreibung in Annaberg, bei der die Polizei der samosen Minderjährigenbestimmung eine eigentümliche Auslegung gegeben hat.

Haftung für unzulässige Eintragungen in die Invalidentarte.

Nach § 139 des Invalidenversicherungsgesetzes sind Eintragungen und Bemerkungen in und an der Quittungskarte, soweit solche nicht durch das Gesetz vorgegeben sind, unzulässig.

Pfändung bei schwankenden Lohnforderungen.

Das Lohnentkommen eines Arbeiters ist nach dem Gesetze nur infoweit pfändbar, als es den Betrag von 1500 Mk. jährlich übersteigt. Man ist dieses Entkommen häufig eines von Woche zu Woche oder von Monat zu Monat schwankendes.

Der Achtstundentag in den französischen Staatsbetrieben.

Der erste Versuch mit dem Achtstundentag wurde vom früheren Handelsminister Willeran in den Postwertstätten am Boulevard Brune in Paris am 16. September 1899 angeordnet, und zwar mit so gutem Erfolg, daß der Achtstundentag bald auf das regionale Postmagazin und am 1. Juli 1900 auch auf die Elektrizitätswerkstätten des Zentralkontrollpunktes in Paris ausgedehnt wurde.

Die Generalkommission und die Redaktion des „Correspondenzblatt“.

haben vom 1. Januar 1903 ab ihren Sitz in Berlin. Das „Correspondenzblatt“ erscheint regelmäßig Sonnabends; es ist in der Postzeitungsliste unter der neuen Nummer 1707 eingetragen.

Verband der Maurer Deutschlands.

Die diesjährige Generalversammlung findet am 31. März 1903 im „Gewerkschaftshaus“ zu Berlin statt.

Verband der Schneider etc. Deutschlands.

Infolge der Beschlässe der letzten Generalversammlung wird der Sitz des Zentralvorstandes und des Verbandsorgans ab 1. Jan. 1903 nach Berlin verlegt.

Vom Ausland.

Amerika.

Der dritte Quartalsbericht für 1902 des Eisenformer-Verbandes von Nordamerika ist äußerst günstig und zeigt, daß der Verband zur Zeit sehr gut floriert.

England.

Der Generalsekretär der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer, G. A. Barnes, sprach in Stockton bei einer Feier, die veranstaltet wurde, um einem Mitglied der Gesellschaft für vierzigjährige Dienste ein „Verdienstdiplom“ zu überreichen.

Frankreich.

Wie die ganze französische Gewerkschaftsbewegung unter einer bedauernden Wertminderung leidet, so machen sich auch innerhalb unserer französischen Bruderorganisation oder, um uns richtiger auszudrücken, Bruderorganisationen, noch viel derartige Streitigkeiten über die Organisationsformen bemerkbar.

Oesterreich.

Die Krise in der Metallindustrie hat Dimensionen wie noch nie zuvor angenommen. Am härtesten betroffen ist der Lokomotiv- und Waggonbau, die Eisenkonstruktionsbetriebe, die Maschinen- und Werkzeugfabrikation.

Die englische Gewerkschaftspolitik hat durch das am 19. Dezember v. J. im Prozeß der Taff Vale Railway Company gegen den Verband der Eisenbahner gefällte Urteil einen schweren Schlag erlitten.

Nachdem die Bahngesellschaft im Besitze dieses Urteils war, reichte sie die Regreßklage gegen Bell und Genossen als Vertreter der Gewerkschaft ein, die am 8. Dezember 1902 zur Verhandlung kam und am 13. Dezember mit einer Verurteilung der Gewerkschaft abschloß.

englischen Gewerkschaftsrecht spielt die Verschönerung dieselbe Rolle wie in Deutschland die Erpressung. Dieses Ziel wäre ferner durch ungesetzliche Mittel (Kontraktbruch und gewalttätiges Vorgehen) erreicht worden.

In seiner Belehrung an die Geschworenen schloß sich der Richter indes den Ansichten der Kläger an und erklärte, daß auf Grund des Lordentscheids eine Gewerkschaft als eine Art Korporation zu betrachten sei.

Die drei Fragen wurden von den Geschworenen bejaht. Die Gewerkschaft ist hiermit verurteilt zur Zahlung des Schadenersatzes, dessen Höhe vom Richter am nächsten Montag bestimmt werden wird.

Die englischen Arbeiter, die bisher in Schlepptau der bürgerlichen Parteien sich befanden, dürfen ihre Politik einer gründlichen Revision unterziehen.

Der amtliche Jahresbericht des Handelsamtes über die Trade-Unions über das Jahr 1901 ist erschienen.

Er zählt 1236 Trade-Unions mit zusammen 1922780 Mitgliedern auf. Die Zahl der Trade-Unions verminderte sich um 16, während sich die Gesamt-Mitgliedszahl um 12168 vermehrte.

Frankreich.

Wie die ganze französische Gewerkschaftsbewegung unter einer bedauernden Wertminderung leidet, so machen sich auch innerhalb unserer französischen Bruderorganisation oder, um uns richtiger auszudrücken, Bruderorganisationen, noch viel derartige Streitigkeiten über die Organisationsformen bemerkbar.

Die Union Federale des ouvriers Metallurgistes de France (Industrierverband der Metallarbeiter) ist naturgemäß befreit, möglichst alle Metallarbeiter in den Verband einzubeziehen.

So wurde kürzlich eine Kommission des Gewerkschaftsbundes gewählt, die über derartige Konflikte zu entscheiden hatte. Es wurde beantragt, daß die Mechaniker gehalten sein sollen, nur Berufsangehörigen aufzunehmen.

Oesterreich.

Die Krise in der Metallindustrie hat Dimensionen wie noch nie zuvor angenommen. Am härtesten betroffen ist der Lokomotiv- und Waggonbau, die Eisenkonstruktionsbetriebe, die Maschinen- und Werkzeugfabrikation.

Die englische Gewerkschaftspolitik hat durch das am 19. Dezember v. J. im Prozeß der Taff Vale Railway Company gegen den Verband der Eisenbahner gefällte Urteil einen schweren Schlag erlitten.

Nachdem die Bahngesellschaft im Besitze dieses Urteils war, reichte sie die Regreßklage gegen Bell und Genossen als Vertreter der Gewerkschaft ein, die am 8. Dezember 1902 zur Verhandlung kam und am 13. Dezember mit einer Verurteilung der Gewerkschaft abschloß.

soviel wie nichts zur Milderung ihrer schrecklichen Folgen getan. Angeführt der Untätigkeit unserer Regierung...

Ein Verband christlich-sozialer Metallarbeiter, der seine Tätigkeit über das ganze Reich erstrecken soll...

Unser Ministerpräsident, Herr von Hofmann, der seinerzeit den versammelten Ausbeutern Österreichs patetisch zurief...

Patent aus dem Jahre 1852 zu stellen. Dieses Patent, das die Bewilligung von Vereinen ganz in das Belieben der Regierung stellt...

Das Eisenartell, das aus mehrfachen Ursachen vor zwei Jahren aufgelöst wurde, ist in bedeutendem Umfange wieder erneuert worden...

Literarisches.

Lipinski, Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis. Heft 4-8 & Heft 10 Wfg. Verlag H. Lipinski, Leipzig, Langestr. 27.

Inhalt von Nr. 1.

Unser Verband. - Aus Dänemark. - Aus dem Schweizer Metallarbeiter-Verband. - Die Einführung von Krankenunterstützung im D. M. V.

Briefkasten.

P. Zwifan. Der eingefandte Versammlungsbericht hat kein allgemeines Interesse, weshalb er nicht aufgenommen wird.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.)

- Wachen (Kadler). Samstag, 3. Jan., im Restaurant St. Moritz.
Wittenberg (Allg.). Samstag, 3. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Christianen, Blumenstraße 41.

- Wien. Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, im Burggasse 11.
Worms (Allg.). Samstag, 3. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Mühlhaußen 1. Kampstr. 73.

- Worms (Allg.). Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Gustav Stahl, zur „Schönen Aussicht“.
Worms (Allg.). Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Gustav Stahl, zur „Schönen Aussicht“.

- Worms (Allg.). Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Gustav Stahl, zur „Schönen Aussicht“.
Worms (Allg.). Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Gustav Stahl, zur „Schönen Aussicht“.

- Worms (Allg.). Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Gustav Stahl, zur „Schönen Aussicht“.
Worms (Allg.). Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Gustav Stahl, zur „Schönen Aussicht“.

- Worms (Allg.). Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Gustav Stahl, zur „Schönen Aussicht“.
Worms (Allg.). Samstag, 10. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Gustav Stahl, zur „Schönen Aussicht“.

Metallarbeiter-Notiz-Kalender 1903

Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbands-Mitglieder. Reichhaltiger Inhalt - Gute Auswahl u. übersichtliche Anordnung des Stoffes.

Zweiter Auflage. Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei Stuttgart, Rötterstraße 10 B.

Dresdner Rollshans. Zentralkverkehr der Gewerkschaften. Hotelbetten von 75 Pf. bis Mk. 1,75.

Meinel & Herold. Harmonika-Fabrik, Klingenthal (Sachl.) Nr. 4880. Harmonika. Nur 4 1/2 M. für eine 10-tönige Harmonika.

Erinnerungs-Postkarte. anlässlich der Verlegung der Metallarbeiter-Zeitung von Nürnberg nach Stuttgart. Sehr geeigneter Verkaufsartikel für Arbeiter.

Gasthof zum Weissen Ross. Die geschätzten Leser bitten wir, bei Anfragen, Bestellungen von Preislisten und bei Aufträgen stets auf die Metallarbeiter-Zeitung Bezug nehmen zu wollen.

Alexander Schlicke & Co. Stuttgart, Rötterstraße 10 B. empfiehlt sich den verehrlichen Gewerkschaftsvorständen, Mitgliedern und Gesellschaften zur Herstellung aller Arbeiten in Buchdruck bei sorgfältiger und gediegener Ausführung.